



## **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

### **99. Sitzung (öffentlich)**

29. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1 Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan zu den ersten Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung des islamischen Religionsunterrichts (siehe Anlage zu TOP 1)</b>	<b>8</b>
Vorlage 16/3701	
– Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan (Universität Duisburg-Essen und Leiter der Stiftung für Türkeistudien und Integrationsforschung) referiert zum Thema des Tagesordnungspunktes	8
– Aussprache	8

**2 Die Landesregierung muss ihrer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik gerecht werden und dein Gesamtkonzept für den Schulunterricht von Flüchtlingskindern vorlegen** 18

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/9798  
Ausschussprotokoll 16/1153

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

Dieser Tagesordnungspunkt wird geschoben.

**3 Digitale Bildung und Medienkompetenz in den Schulen stärken - durch bundesweite - Bildungsstandards, ein Bund-Länder-Sonderprogramm zur Ausstattung der Schulen und eine Qualifizierungsoffensive der Lehrerschaft** 19

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/10796  
Ausschussprotokoll 16/1283

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

– Aussprache 19

Für den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/10796 stimmt die Fraktion der FDP. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die Fraktionen von CDU und Piraten enthalten sich. – Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/10796 wird mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich abgelehnt.

**4 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)** 25

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12117

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen.

– Aussprache 25

- Ergebnis 26
- Für den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12117 stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen gibt es keine. Die Fraktionen von CDU, FDP und Piraten enthalten sich. Der Gesetzentwurf ist mit dem zuvor ausgeführten Abstimmungsergebnis angenommen.
- 5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung (AO-SF) 28**
- Vorlage 16/3987
- Ministerin Sylvia Löhrmann (ASW) berichtet 28
- Aussprache 29
- Für die Verordnung stimmen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Gegen die Verordnung stimmen die FDP-Fraktion und die Piratenfraktion. – Die Verordnung wird mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich verabschiedet.
- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion 32**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12118
- Stellungnahmen werden erwartet
- Schriftliche Anhörung von Sachverständigen
- Aussprache 32
- 7 Inklusion qualitativ gestalten - Kinder und Jugendliche mit Sprachbehinderung angemessen unterstützen 33**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/12110
- Der Ausschuss wird auf Antrag der FDP-Fraktion ein Sachverständigengespräch zum Thema des

Tagesordnungspunktes durchführen. Die Obleuterunde wird die entsprechenden Details klären.

**8 Mülheimer Erklärung: Aktuelle Rahmenbedingungen gefährden den Erfolg der Inklusion - Landesregierung muss Fehlentwicklungen endlich entgegensteuern** **34**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/12108

Der Ausschuss wird auf Antrag der Piratenfraktion zum Thema des Tagesordnungspunktes ein Sachverständigengespräch durchführen. Dieses Sachverständigengespräch wird – wie bereits vereinbart – am 07.09.2016 von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr stattfinden. – Die Einladung zu diesem Sachverständigengespräch wird heute verschickt.

**9 Die Weiterbildung - insbesondere die Familienbildung - in Nordrhein-Westfalen stärken und besser fördern!** **35**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/12124

Für den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/12124 stimmt die CDU-Fraktion. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die FDP-Fraktion und Piratenfraktion enthalten sich. Der Antrag ist mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich abgelehnt.

**10 Schülerinnen und Schüler vor Werbung an Schulen bewahren - Schulsponsorings verantwortungsvoll gestalten** **38**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/12103

– Ausprache **38**

Ausschuss für Schule und Weiterbildung  
99. Sitzung (öffentlich)

29.06.2016  
sl-beh

**11 Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 29. April 2016 zum  
Nachteilsausgleich für Schülerinnen und Schüler mit  
Teilleistungsschwächen 39**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage wird erwartet

– Beratung wird geschoben 39

**12 Verschiedenes 40**

– Anfrage der Abgeordneten Yvonne Gebauer (FDP) 40

\* \* \*



mit dem zuvor festgestellten Abstimmungsergebnis mehrheitlich verabschiedet.

## **6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12118

Stellungnahmen werden erwartet

- Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

**Vorsitzender Wolfgang Große Brömer:** Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir schriftliche Stellungnahmen einfordern. Die liegen vor, wenn auch nicht vollständig. Wir hatten außerdem vereinbart, die abschließende Diskussion über diesen Gesetzentwurf der Landesregierung in der Sondersitzung am 6. Juli durchzuführen. Diese Sondersitzung ist von der Präsidentin inzwischen genehmigt worden.

Von daher stellt sich jetzt die Frage, wie tief wir heute in die Diskussion einsteigen wollen oder ob wir die Aussprache ebenfalls auf die abschließende Sitzung schieben.  
- Ich sehe Zustimmung. Gut. - Frau Gebauer!

**Yvonne Gebauer (FDP):** Ich habe nur die Frage, ob denn die anderen Stellungnahmen noch kommen.

**Vorsitzender Wolfgang Große Brömer:** Die von Prof. Klemm und vom VBE kommen nicht mehr, sagt Frau Arnoldy. Und von Dr. Schwarz, Uni Wuppertal? - Keine Rückmeldung. Die kommt also vielleicht noch.

**Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW):** Vielleicht zur Erläuterung: Es geht jetzt darum, dass die BKS dazugehören, also sozusagen die Mittel insbesondere in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden etwas anders umverteilt werden. Die Lehrerinnen und Lehrer, die im VBE organisiert sind, sind in der Regel nicht im Berufskolleg. Das erklärt vielleicht, warum keine Stellungnahme abgegeben worden ist. So haben wir uns das zumindest erklärt. Vielleicht ist es für Sie auch so nachvollziehbar.

**Vorsitzender Wolfgang Große Brömer:** Das war ansatzweise schon diskutiert worden, als wir uns in der Obleuterunde darüber verständigt haben, wer denn eigentlich für eine Stellungnahme aufgefordert werden soll. Wir fahren dann am 7. Juli fort.

